

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des
Bildungsausschusses am 20.03.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU, Ausschussvorsitzender
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung
Herr Uwe Wätzel	Verwaltung
Herr Uwe Weiske	Verwaltung
Herr Torsten Bau	SKE
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE
Herr Thomas Senger	SKE
Frau Cathleen Stahs	SKE

Vertreterin für Herrn Martin Bauersfeld
Vertreter für Herrn Hendrik Lange
Vertreterin für Frau Dr. Petra Sitte

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Herr Martin Gorowska	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

Vertreterin Frau Dr. Ulrike Wünscher
Vertreter Herr Dr. Erwin Bartsch
Vertreterin Frau Ute Haupt

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sondersitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass es 2 Anträge auf Rederecht gibt:

1. Frau Prof. Dr. Hartmann zum Thema Franzigmark (TOP 3.2.)
2. Herr Gierke, Schulleiternrat Grundschule Neumarkt zum Thema Schulgarten (TOP 3.3.)

Er bat um Abstimmung zur Erteilung des Rederechtes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
 - 3.2. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1
Vorlage: V/2012/10385
 - 3.3. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im

Schulverwaltungsamt, Teil 3
Vorlage: V/2012/10384

- 3.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3" (Schulgarten Am Galgenberg), V/2012/10384
Vorlage: V/2012/10513
- 3.4. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13
Vorlage: V/2012/10415
- 3.4.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage "Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13" (Raumflugplanetarium), V/2012/10415
Vorlage: V/2012/10512
- 3.5. Umsetzung der Vorschläge Mittelreduzierung Teil 14
Vorlage: V/2012/10544
- 4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 6. Mitteilungen
- 7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Einbringung doppischer Haushalt 2012 Vorlage: V/2011/10306

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erläuterte sein Herangehen bei der Beratung zur Vorlage. Er werde nacheinander den Stellenplan, den Teilergebnisplan und den Investitionsplan 2012-15 zum Teil Bildung aufrufen. Zum Stellenplan, (Vorlage ab Seite 427) bat er um Wortmeldungen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach den im Vergleich zu anderen Ämtern geringen Entgelteingruppierungen im Amt für Schule und Sport und wollte wissen, ob es da eventuell höheren Bedarf gibt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die verwaltenden Tätigkeiten nicht hoch eingestuft sind. Die Einstufungen sind z.T. lange zurückliegend. Nach und nach werden Stellen im Rahmen der Aktualisierung der Stellenbeschreibungen zur Überprüfung eingereicht. Zudem ist die Hierarchie im Amt flach und es gibt nur 2 Ressorts.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief den Teilergebnisplan zur Beratung auf.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, verwies darauf, dass als Tischvorlagen Antworten auf die im Bildungsausschuss am 6.3.2012 gestellten Fragen sowie Zahlenübersichten des ZGM zu den einzelnen Schulen (Ist 2011) ausgelegt sind.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach den Hausmeisterkosten. Sind diese als Teil der Kosten für Unterhaltung baulicher Anlagen enthalten, oder wo sonst sind sie erkennbar?

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass diese Hausmeisterkosten in den Betriebskosten enthalten sind und nicht im Serviceentgelt und nicht als Teil der Kosten für die Bauunterhaltung. In den Betriebskosten sind sie objektkonkret geplant und werden so auch abgerechnet.

Den Ausschussmitgliedern wurde eine Änderungsliste zum Ergebnisplan und zur Investitionsprioritätenliste ausgeteilt. Diese Liste enthält alle Änderungen, die sich seit Dezember 2011 ergeben haben und die nunmehr mit beschlossen werden sollten.

Frau Quilitzsch, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin, erläuterte die Änderungsliste. In diese Liste wurden die reduzierten Ansätze für Kleininvestitionen für alle Schulen eingearbeitet ebenso die haushaltsneutrale Erhöhung des Bedarfes für die Brandschutzertüchtigung für die GS Lessing und SEK Fliederweg durch die Notwendigkeit des Anbaus von Rettungsbalkonen zum Erhalt der Nutzungsfähigkeit der Kopfräume für den Unterrichtsbetrieb. Ferner wurde eine Reduzierung des Sachausgabenbudgets der Schulmedienstelle ausgewiesen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Ansätzen für die GS Lessing und die SEK Fliederweg. Er wollte wissen, ob dies nunmehr die Planungskosten oder die realen Kosten sind.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass diese Kosten die Schaffung von Rettungsbalkonen für die Kopfräume an den entsprechenden Schulen beinhalten. Diese Kosten entsprechen denen nach der Vergabe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass die erste Planung ohne die zweiten Rettungswege für die Kopfräume war, diese Kosten sind jetzt enthalten. Nach kaufmännischer Sorgfalt sind diese Beträge auskömmlich. Unvorhergesehenes, was sich erst in der Bauphase ergibt, kann natürlich jetzt nicht vorhergesehen und berücksichtigt sein. Bei den Vorhaben der 2. Tranche werden die erforderlichen Rettungsbalkone von Beginn an berücksichtigt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach der Position der Förderschule Fröbel.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass bei der ausgewiesenen Position eine Baumaßnahme im Zusammenhang mit einem gemeinsamen künftigen Förderschulstandort für die jetzigen Förderschulen Makarenko und Fröbel angedacht sei.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach der Grundschule Frohe Zukunft.

Frau Quilitzsch, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin, erläuterte, dass die GS Frohe Zukunft mit der Maßnahme Brandschutzgrundsicherung auf S. 319 des Investprogramms enthalten sei.

Herr Senger, SKE, fragte nochmals nach dem Inhalt der Position „Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen“. Wo sind in den übergebenen Anlagen die Hausmeisterkosten enthalten?

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass im ausgewiesenen Serviceentgelt von 1,42 € pro m² 0,56 € Personalkosten für den Verwaltungsaufwand des ZGM enthalten sind. Die Hausmeisterkosten sind Teil der Position Betriebskosten.

Frau Quilitzsch, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin, erläuterte dies anhand der GS Am Ludwigsfeld in der vorliegenden Liste.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mahnte an, dass solche Unterlagen künftig die Stadträte früher erreichen sollten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies darauf, dass dieses Jahr erstmalig ein doppischer Haushalt erstellt wurde, bei dessen Behandlung alle Seiten lernen mit den Zahlen umzugehen. Die zugesandten Extraausführungen sind zusätzliche Angaben auf Wunsch der Ausschussmitglieder aus der letzten Sitzung vom 6.3.12. Die Planung im Rahmen der vorliegenden Produkte basiert auf dem vom Land vorgegebenen Produktkatalog.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat darum, solche Unterlagen in größerem Format auszureichen, auch elektronisch, da diese Tabellen sehr kleinzeilig beschrieben seien.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte nach den Energiekosten. Deren Höhe sei durch anderes Eigentümerbewusstsein in hohem Maße beeinflussbar.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass die Behandlung des Themas Energie, z.B. im Energiebericht der Stadtverwaltung von genau diesem Ansatz ausgehe. Das ZGM erfasst die Energiekosten momentan objektkonkret, leider noch nicht immer elektronisch. Geplant ist eine monatliche Information der Verbraucher zur Veränderung des Verbraucherverhaltens. So würde die Senkung der Raumtemperatur um 1° C eine Kostenersparnis von 70.000 € bedeuten. Derzeit liege die Raumtemperatur in den Büros noch oft über den empfohlenen 21°C. Durch die derzeitige Gebäudeleittechnik werden ca. 80 Gebäude erfasst. Das soll noch effektiver gestaltet werden. Eine monatliche Energieberichterstattung ist im Aufbau.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schlug vor, in einer der nächsten Sitzungen den Energiemanager anzuhören u.a. zur Frage, wo das Einsparpotential in den Schulen liege. Hier wären Investitionen sinnvoll um Energiefresser zu beseitigen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, was konkret abgestimmt werde, da der Beschlusstext der Haushaltsvorlage hier nicht eindeutig sei und auf einen Verweis der Vorlage in die Fachausschüsse abstelle.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bat, wie in den vorherigen Jahren auch, um eine Zustimmung zu den vorgelegten Planungen im Zuständigkeitsbereich des Bildungsausschusses. Die abschließende Formulierung zum Beschluss der Haushaltssatzung werde in der Ratsvorlage enthalten sein.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Investitionsprioritätenliste, ob diese beschlossen werden solle?

Frau Quilitzsch, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin, erklärte, dass das Investitionsprogramm 2012 bis 2015 beschlussrelevant sei.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, empfahl vor einer Beschlussfassung über diese Vorlage über die Vorlagen zur Mittelreduzierung zu beraten und abzustimmen und rief die Vorlage zum Schulumweltzentrum auf.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 3.2 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1 Vorlage: V/2012/10385

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erteilte Frau Prof. Dr. Hartmann Rederecht zum Erhalt der Franzigmark zu sprechen.

Frau Prof Dr. Hartmann verwies auf ihre eingereichte Stellungnahme. Sie sprach zu folgenden 4 Schwerpunkten:

1. Bildung für nachhaltige Entwicklung: Am Beispiel Energienutzung und Energieverbrauch an Schulen könne Kindern der Zusammenhang zwischen Klima und Energieverbrauch und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Naturressourcen vermittelt werden, dazu wird ein Lernort benötigt, der dieses ermöglicht. Dies sei in herausgehobener Weise in der Franzigmark mit ihren unterschiedlichen Biotopen möglich, an diesem einmaligen Lernort können Schlüsselerlebnisse vermittelt werden.
2. Bildungssozialisation: Gerade in Halle in einer Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit erfolge Umweltbildung häufig nicht in den Elternhäusern, um so wichtiger sei, dass dies durch die Schule und die Gesellschaft geschehe um diese Defizite auszugleichen, auch dies sei hervorragend durch die Möglichkeiten in der Franzigmark erfüllbar. Bildung dürfe nicht nur am Maßstab der Finanzierbarkeit gemessen werden.

3. Bedeutung von außerschulischen Lernorten: diese sind integraler Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsprozesses. Eine Aufgabe der Franzigmark als außerschulischem Lernort verspiele das hier gegebene Potential und verschlechtere die Bedingungen für die Schulen der Stadt.
4. Zusammenhang zwischen Ökoschule und Schullandheim: Sie verwies auf die Angebote im Schullandheim für Grundschulkinder und die optimale Vernetzung mit den Angeboten ab Klasse 5 in der Ökoschule. Gerade für Grundschulkinder sei in der Franzigmark handlungsorientiertes Lernen in der Natur und mit Tieren möglich. Aus diesen Gründen bat sie um den Erhalt der Einrichtung.

Frau Stahs, SKE, fragte **Frau Prof. Dr. Hartmann** nach dem konkreten Unterschied zwischen der Franzigmark und einem Spaziergang in die Heide. Wieso seien nur in der Franzigmark Schlüsselerlebnisse möglich?

Frau Prof. Dr. Hartmann begründete dies mit der Einmaligkeit von drei unterschiedlichen Biotopen (Auenwald, Trockenwiesen und Südhang), dies sei so auf engem Raum woanders nicht zu finden und zu erleben.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, unterstrich, dass es im Ausschuss niemanden gäbe, der Umweltbildung in Frage stelle. Deshalb werde seit 2 Jahren um den Erhalt des Schulumweltzentrums gerungen. Aktuell gehe es darum, wie dies angesichts einer noch verschärfteren Haushaltslage möglich sei. Gebe es zwischen der Schließung und einer Verringerung des Förderzuschusses noch Spielräume, die den Erhalt ermöglichen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, skizzierte kurz die Verhandlungen seit März 2011, nach dem Beschluss zur Vergabe. Mit der Situation eines nicht genehmigten Haushaltes seit August 2011 dürfe die Verwaltung keine neuen vertraglichen Verpflichtungen eingehen. Auch derzeit sei dies im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung so. Ob eine Verringerung des Förderzuschusses einen Ausweg aus der Situation bringen könne, werde er prüfen lassen. Die Stadt biete verschiedenste außerschulische Bildungsangebote, nicht nur die Franzigmark. Jeder einzelne müsse aber bezahlbar sein, ggf. sei ein Abwägen erforderlich. Für den Bildungsbereich gibt es eine vorrangige Zuständigkeit beim Land.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, wollte wissen, was gegen den Alternativstandort spricht.

Frau Prof. Dr. Hartmann verwies nochmals auf die besonderen Biotope, die man auch nicht in Radewell findet.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erläuterte, dass durch die Stadt die Ökoschule erhalten werden soll, deshalb erfolgte eine Prüfung für den Standort Radewell. Eine Prüfung eines Alternativstandortes für das Schulumweltzentrum war damit nicht verbunden.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, fragte zum Verfahren der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Vergabe des Schulumweltzentrums, warum habe die Vertragsverhandlung so lange gedauert, dass der Vertrag auf Grund der Haushaltslage nicht mehr unterschrieben werden konnte. Weiterhin fragte er nach, ob die Ökoschule wirklich an dem Standort Franzigmark betrieben werden muss. Auf Grund der Haushaltslage müsse ein Weg gefunden werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es eine Reihe von Gesprächen und Klärungsbedarfen im Verhandlungsprozess gab, dies wurde bereits in einer Anfrage beantwortet. Im November 2011 lag ein im Wesentlichen unterschriftsreifer Vertrag vor. Auf Grund der fehlenden Freigabe der Haushaltsmittel, da nunmehr die Stadt eine neue vertragliche Verpflichtung hätte eingehen müsse, deren rechtliche oder tatsächliche Unabweisbarkeit nicht bestätigt werden konnte, konnte keine städtische Unterschrift erfolgen. Allein ein Stadtratsbeschluss erfüllte die Auflagen aus den Haushaltsauflagen der Kommunalaufsicht nicht.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erinnerte, dass das Vergabeverfahren erst 13 Monate nach dem Stadtratsbeschluss beendet wurde.

Herr Senger, SKE, argumentierte, dass diese Haushaltssituation schon beim Ratsbeschluss 2010 und bei der Vergabe bestanden habe und dass die Stadt natürlich Verträge abschließen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass keine neuen Verträge für freiwillige Leistungen abgeschlossen werden können. Dies werde seit der Haushaltsverfügung vom August 2011 strenger und konsequenter in der Verwaltung durchgesetzt.

Herr Senger, SKE, fragte, was die anderen Objekte der Umwelterziehung bieten könnten. Dass derzeit die Auslastung der Ökoschule zu gering sei, sei folgerichtig, da das Komplementärangebot Schulumweltzentrum fehle und z.B. auch keine Tiere mehr vorhanden seien. Als das Zentrum noch funktionierte gab es Voranmeldungszeiten von über 2 Jahren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Qualität der Bildung, die an diesem Standort geboten werden könne. Die Frage müsste lauten, was wird politisch gewollt. Der Standort sei einzigartig und das am Standort befindliche Schulumweltzentrum und die Ökoschule sollten nicht auseinandergerissen werden. Weiterhin wäre noch die Frage des Gebietsstatus bezüglich des Schutzgebietes zu klären.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass in Radewell auch Exkursionen möglich sind, beide Gebiete hätten einen vergleichbaren Naturschutzstatus.

Anmerkung der Verwaltung: diese Aussage ist nach nochmaliger Prüfung zu korrigieren. Im näheren Umfeld der Grundschule Radewell sind Experimente, Umweltbeobachtungen außerhalb der Wege u.ä. derzeitige Lerninhalte der Ökoschule nicht machbar.

Frau Stahs, SKE, berichtete von einer Umfrage bei ihren Umschülern, welche Erfahrungen sie mit dem Schulumweltzentrum gemacht hätten. Von nachhaltigen Eindrücken dieses besonderen Lernortes hätten diese nicht berichtet.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, bat nach Austausch der Argumente nunmehr zur Abstimmung zu kommen. Er machte den Vorschlag, die Verwaltung zu beauftragen, weitere Verhandlungen zu führen, um für alle eine zumutbare Lösung zu finden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., sprach gegen diesen Vorschlag. Der Stadtratsbeschluss müsse umgesetzt werden. Er bat ebenfalls um Abstimmung. Es gehe darum, ob der gefasste Beschluss aufgehoben werden soll oder nicht, andere Alternativen schlage die Verwaltung nicht vor.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erwiderte auf den Antrag ebenfalls, wenn das Schulumweltzentrum nicht mehr finanzierbar sei, brauche man keinen Änderungsantrag. Es gehe letztlich um die Umsetzung des Beschlusses aus 2010, insofern sei der Änderungsantrag nicht zielführend.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bat 2 Ebenen nicht zu vermischen: Zum einen wurde durch Dezernat V ein Vertrag verhandelt um den Ratsbeschluss aus 2010 umzusetzen und das Schulumweltzentrum an einen anderen Träger zu übergeben. Zu diesem Zeitpunkt 2010 war die Stadt auf Basis eines, wenn auch mit Auflagen, genehmigten Haushaltes auch noch handlungsfähig. 2011 gab es keinen genehmigten Haushalt. Für 2012 sei man mitten in den Haushaltsberatungen. Sollte der Haushalt nicht genehmigungsfähig sein, bleibt dieses Problem bestehen. Auch könne hier ein Vertrag nur an den Ausschreibungsbedingungen orientiert werden. Für die Ökoschule gibt es bei einem verlagerten geeigneten Standort Signale des Landes auch weiterhin Lehrer abordnungsweise bereit zu stellen um dieses Angebot in Halle vorzuhalten. Dieser Standort sei zwar schlechter aber grundsätzlich vertretbar.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfand die Ausführungen von **Herrn Kogge** als nicht hilfreich. Zum Ökoschulstandort habe er eine gänzlich andere Auffassung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Diskussion und bat um Abstimmung der Vorlage zum Schulumweltzentrum.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die **Schließung des Schulumweltzentrums Franzigmark** und damit die Aufhebung des Beschlusses V/2009/08258 vom 24.02.2010 sowie die Aufhebung des Vergabeverfahrens und der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark (V/2010/09258) vom 30.03.2011.

**zu 3.3 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /
Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3
Vorlage: V/2012/10384**

**zu 3.3.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
"Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /
Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3"
(Schulgarten Am Galgenberg), V/2012/10384
Vorlage: V/2012/10513**

**zu 3.3.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung der
Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im
Schulverwaltungsamt, Teil 3 (V/2012/10384)
Vorlage: V/2012/10565**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Vorlage der Verwaltung zur Schließung des Schulgartens Am Galgenberg und die zwei vorliegenden Änderungsanträge auf und übergab **Herrn Gierke** das Rederecht.

Herr Gierke, Schulleiternrat Grundschule Neumarkt, trug ergänzend zur vorliegenden schriftlichen Wortmeldung die Stellungnahme der GS Neumarkt zur Schließung des Schulgartens vor. Er verwies auf 3 Dimensionen dieser Vorlage:

- 1. Sei der haushaltspolitische Spareffekt sehr gering und wenig nachhaltig, bzw. nur einmalig.
- 2. Verwies er auf schulorganisatorische/schulhygienische Aspekte in seiner Schule mit sehr beengter Außenfläche, hier sei ein Sachkundeunterricht im Schulgarten eine gute Alternative die räumliche Enge zu entspannen.
- 3. Gehe es um eine moralisch/ethische Dimension der Wertevermittlung im Umgang mit der Natur, die im Schulgarten auf besondere Weise möglich sei und was mit der Schließung des Schulgartens entfallen würde.

Er bat dieses wichtige Element der städtischen Bildungslandschaft zu erhalten und nicht die Bildungswüste in Halle voranzutreiben.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies den Vorwurf zurück, die Stadträte würden es sich mit der Schließung von Bildungseinrichtungen zu leicht machen. Sie fragte **Herrn Gierke** wie oft die Kinder in den Schulgarten gehen, und ob das wirklich ein Ausgleich ist, auch auf Grundlage der geringen Stundenzahl, die im Schulgarten angeboten werden könne.

Herr Gierke, Schulleiternrat Grundschule Neumarkt entgegnete, dass nach seiner Kenntnis die Auslastung des Schulgartens an der Kapazitätsgrenze gegeben sei. Auf Grund der hohen Schülerzahl sei der einzelne Schüler 1 – 2 x im Halbjahr für einen Tag dort.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Für ihn wäre eine Aussage der Stadtverwaltung zur beantragten Prüfung von konkreten Alternativen für die betroffenen Schulen wichtig.

Frau Raab, FDP-Fraktion, ging auf die Argumentation von **Herrn Gierke** ein und entgegnete, dass durch den Schulgartenbesuch die tägliche Enge auf dem Pausenhof nicht wirklich entlastet wird. Auch Erkenntnisse über das Wachsen von Nahrungsmitteln in der Natur könnte Kindern geeigneter nahe gebracht werden, wenn in der nahen Umgebung der Schule eine Möglichkeit gefunden würde, wo die Kinder die Saat bis zur Ernte verfolgen könnten.

Herr Hänsel, SKE, äußerte die Meinung, dass es lediglich um den Ort gehe, wo der Schulgartenunterricht stattfinden soll, zentral oder dezentral. Der Schulgartenunterricht an sich sei nicht in Frage gestellt. Die Frage der Wegezeiten sollte auf jeden Fall berücksichtigt werden, hier ist der Standort Am Galgenberg für viele Schulen zu weit entfernt. Nach seiner Meinung sei eine dezentrale Lösung besser, um mit den Kindern den Kreislauf der Natur zu verfolgen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, wie es die einzelnen Schulen sehen. Wie haben diese auf Alternativen reagiert?

Frau Stahs, SKE, wollte wissen, wie oft die Schulen den Schulgarten aufsuchen.

Herr Senger, SKE, fand das Argument mit den Wegezeiten nicht gut. Für ihn bestehe eher ein Problem bei den Lehrern. Im Schulgarten gebe es einen spezialisierten abgeordneten Lehrer, der gezielten Unterricht anbiete. Dieser entfalle, wenn diese Unterrichtsform allein von der Grundschule im Rahmen des Sachkundeunterrichtes gelehrt werde. Deshalb haben auch so wenig andere Grundschulen eigene Schulgartenbeete, da hier oft auch Pflegepersonal in den Ferien nicht zur Verfügung stehe.

Herr Hänsel, SKE, regte an, in die Pflege des Schulgartens den Hort mit einzubeziehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass 4 städtische Grundschulen, 2 Förderschulen und 1 Grundschule in freier Trägerschaft derzeit den Schulgarten nutzen. Mit den Schulleitern wurden im Januar erste Gespräche geführt. Innerhalb dieser kurzen Zeit konnte noch keine Lösung für alle Schulen gefunden werden. Insbesondere für die Innenstadtsschulen wie Neumarkt, Wittekind oder Friesen sei es schwierig vernünftige Alternativen zu entwickeln. Es laufe aber noch die Suche nach Standorten bzw. Partnern. Der Schulträger ist zuständig für die Sekretärinnen und den Hausmeister, nicht zur Erhaltung des Schulgartens. Ein Lehrer ist für 20 Stunden in den Schulgarten abgeordnet. Der Stundenplan ist so ausgerichtet, dass die Schüler jeweils einen Tag dort verbringen, der Pflanzenkreislauf kann dabei nicht umfassend beobachtet werden. Ein expliziter Schulgartenunterricht sei nicht vorgeschrieben, die Bildungsinhalte können im Rahmen des schulinternen Lehrplanes über verschiedene Wege und Möglichkeiten vermittelt werden. Er wäre froh, wenn abschließend eine Lösung präsentiert werden könnte. Er bat um Zeit für die Verwaltung, das Problem zu klären. Es gibt Gespräche z.B. mit dem Akazienhof, die erfolgversprechend laufen. Er strebe an bei den Alternativen örtliche Schulstandorte zu stärken.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, informierte zum anstehenden Gespräch mit Frau Manteuffel vom Projekt Permagarten in der Silberhöhe.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, resümierte, dass ohne Information über die Alternativen noch nicht über die Vorlage abgestimmt werden könnte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich grundsätzlich bereit, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, wenn garantiert wird, dass die Schulen Ausweichobjekte bekommen. Da diese nicht konkret aufgezeigt werden können von der Verwaltung sei die Vorlage so nicht abstimmungsfähig.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., vertrat die Meinung, dass die dargestellten Einsparpotentiale ein Nullsummenspiel darstellen. Durch die Umsetzung des derzeitigen Mitarbeiters ab September in ein anderes Amt werde keine Einsparung erzielt. Ebenso wenig wenn die Sachkosten für den Schulgarten in das Schulbudget umverteilt würden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bekräftigte, dass mit den Schulleitern gemeinsam eine Lösung gefunden werden müsse. Diese müssten beteiligt werden, er strebe keine Anweisung „von Oben“ an. Im Interesse des Haushaltes wäre dies lediglich die letzte Alternative. Er sagte zu im nächsten Bildungsausschuss weiter zum Fortgang der Prüfung zu informieren. Der vorliegende Antrag der FDP, Mittel zugunsten der Schulen umzuverteilen eröffne weitere Verhandlungsspielräume.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, schlug eine Ergänzung der Beschlussvorlage mit folgendem Wortlaut vor: Die Verwaltung verpflichtet sich, für die betroffenen Schulen eine vernünftige Lösung zu finden.

Dem widersprach **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** „Der Rat verpflichte die Verwaltung“ sei die einzig akzeptable Formulierung. Auch nach seiner Auffassung werden keine Personalkosten wirklich eingespart. Er plädierte dafür, heute nicht abzustimmen, bevor die Alternativen bekannt sind. Nach seiner Kenntnis gebe es auch eine klare Aussage des Kultusministeriums, dass der Schulgartenunterricht nicht in Frage stehe.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, beendete die Diskussion da keine Wortmeldungen vorlagen und stellte die Vorlage und die Änderungsanträge zur Abstimmung. Er rief zuerst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., warf ein, dass dies kein Änderungsantrag sondern ein Ergänzungsantrag sei. Außerdem sei die Formulierung der Verwaltungsvorlage falsch, da der Bildungsausschuss nicht namens des Finanzausschusses abstimmen könne. Hier sei das Gremium Stadtrat einzufügen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, erklärte, wenn die Stadt für den Schulgartenunterricht Alternativen anbiete, könne er der Vorlage zustimmen, dies sei Voraussetzung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, zog den Änderungsantrag der CDU zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen durch Antragsteller

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird durch nachfolgenden Prüfauftrag ergänzt:

Die Verwaltungsspitze wird gebeten zu prüfen:

- An welchen Grundschulen als Ersatz für den städtischen Schulgarten Am Galgenberg Beete bzw. kleine Gärten angelegt werden können.
- Kooperationsmöglichkeiten zwischen nahegelegenen Schulen möglich sind.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief nunmehr den Änderungsantrag der FDP auf.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, konstatierte, das damit über den Änderungsantrag der FDP mit der geänderten Begrifflichkeit Stadtrat statt Finanzausschuss abzustimmen sei.

Herr Diaby, SPD-Fraktion, äußerte sein Vertrauen in die Zusage der Verwaltung in den Gesprächen zu Alternativen zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Herr Kneissl, SKE, bat um Aufnahme einer Formulierung wie "für die betroffenen Schulen sind Alternativen zu finden".

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich der Argumentation von **Herrn Trömel** an, dass es bei den Personalkosten keine tatsächliche Einsparung gebe. Ebenso wenig bei den Sachkosten, wenn diese Mittel zugunsten von Alternativen im Haushalt umverteilt werden. Diese Alternativen sollten von der Verwaltung erst vorgelegt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, betonte, dass es für die Stadt keine gesetzliche Verpflichtung gebe, einen Schulgarten vorzuhalten. Dies sei vom Land nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt. Durch den geplanten Mitarbeiterwechsel in ein anderes Amt werden in diesem Produkt des Amtes 40 sehr wohl Personalkosten eingespart.

Herr Hänsel, SKE, verwies auf den Wortlaut des FDP Antrages, hier sei die Forderung nach Alternativen und die Umverteilung der geplanten Kosten für diese Alternativen eindeutig formuliert.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf ein ihm vorliegendes Schreiben aus dem Kultusministerium, in dem auf die Notwendigkeit von Schulgarten Unterricht zur Erfüllung des Lehrplanes verwiesen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den Änderungsantrag der FDP zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

~~Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.7.2012.~~

- 1. Der Stadtrat beschließt die Schließung des städtischen Schulgartens zum 31.7.2012.**
- 2. Ein Teil der freiwerdenden Mittel soll zur Beschaffung geeigneter Alternativen vor Ort verwendet werden.**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte fest, dass damit die Verwaltungsvorlage entsprechend der Formulierung des FDP-Antrages geändert und beschlossen wurde.

zu 3.4 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13
Vorlage: V/2012/10415

zu 3.4.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage
"Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13"
(Raumflugplanetarium), V/2012/10415
Vorlage: V/2012/10512

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Vorlage zur Änderung der Eintrittspreise im Planetarium auf und verwies auf den vorliegenden nochmals am 13.03.12 aktualisierten Änderungsantrag der CDU, der nunmehr vorsehe, für Kinder unter 6 Jahren auf Eintrittspreise völlig zu verzichten.

Herr Diaby, SPD-Fraktion, fragte zum Verständnis nach, ob in Folge des CDU Änderungsantrages die Einnahmeerhöhung um 700 € geringer ausfalle, was bejaht wurde.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., erinnerte an die Diskussion, dass bei Preiserhöhungen ein Besucherrückgang möglich ist. Ihm sei der erste CDU-Änderungsantrag sympathischer gewesen.

Herr Diaby, SPD-Fraktion, bat alle Fraktionen über die Geschäftsstellen über solche Änderungen besser zu informieren, oder solche Änderungen im Ausschuss auszuteilen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, sagte zu, dies seiner Fraktionsgeschäftsstelle zu übermitteln. Da keine Wortmeldungen mehr vorlagen stellte er den Änderungsantrag der CDU zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Preisgestaltung zum 1.7.2012 wird wie folgt geändert:

Kinder unter 6 Jahren 0 €

In allen anderen Punkten wird der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung gefolgt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellt nunmehr die so geänderte Verwaltungsvorlage zu Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügten Eintrittspreise für das Raumflugplanetarium „Sigmund Jähn“ ab 01.07.2012.
(Eintrittspreise in der Fassung des Änderungsantrages der CDU - V/2012/10512)

zu 3.5 Umsetzung der Vorschläge Mittelreduzierung Teil 14 Vorlage: V/2012/10544

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Verwaltungsvorlage zur Mittelreduzierung aus Schulentwicklungsplanung und Schulturnhallen auf.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass diese Vorlage in überarbeiteter Form auf den Plätzen liege. In diese heutige Fassung seien im 2. Beschlusspunkt die Vorschläge zur Erhebung von Betriebskostenzuschüssen für Schulturnhallen eingearbeitet. Da die in Session eingestellte Vorlage – Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung, Teil 15 - nicht auf der heutigen Tagesordnung stand, wurde die Form gewählt, die Vorlage Teil 14 zu überarbeiten und so vorzulegen. Vorlage „Teil 15“ ist damit gegenstandslos. Der Punkt 2 der Vorlage „Teil 14“ entspreche den Verwaltungsvorschlägen, die auch dem Sportausschuss zur Nutzung städtischer Sporteinrichtungen vorgelegen haben. Der Sportausschuss habe die Vorlage abgelehnt.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., wies auch bei dieser Vorlage darauf hin, die Formulierung „ Ausschuss für Finanzen“ in Stadtrat zu ändern.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, fragte nach der Familienverträglichkeitsprüfung. Gebe es hier Kriterien? Er bezweifelte, dass eine Vorlage beschlossen werden sollte, die nicht familienverträglich sei.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erklärte den Werdegang der Familienverträglichkeitsprüfung. Gemessen an den Kriterien sei auch die Verwaltung zum Ergebnis gekommen, diese Vorlage sei nur bedingt familienverträglich. Dies könne somit in die Ratsentscheidung einfließen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, beantragte die getrennte Abstimmung der beiden Punkte und bemängelte die Aufführung einer Kosteneinsparung bezüglich der Förderschule Jägerplatz. Sie vertrat die Meinung, dass die Sportstätten selbst kostenlos zur Verfügung gestellt werden könnten, jedoch die Betriebskosten sollten in Rechnung gestellt werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass er dem Punkt 1 nicht zustimmen wird. Mit dem Beschluss zur Schulentwicklungsplanung sei schon über finanzielle Auswirkungen beschlossen worden, dies müsste bereits im Haushalt enthalten sein. Zum Punkt 2 vertrat er die Meinung, dass die Vereine einen Beitrag zu den Betriebskosten leisten sollten. Er lehnte jedoch als familienunfreundlich ab, von Familien und Kindern Geld für die Benutzung der Schulturnhallen zu nehmen. Eine freiwillige Vereinbarung mit den Vereinen halte er jedoch für bedenklich, da leicht die Gefahr bestünde, dass es zahlungsbereite Vereine gebe und solche die nicht zahlen. Er forderte den Landesgesetzgeber auf eine gesetzliche Ermächtigung zur Erhebung von Kostenbeteiligungen für die Sportstättennutzung zu beschließen.

Frau Stahs, SKE, fragte nach der Schlussfolgerung bei der Familienverträglichkeitsprüfung, diese sei missverständlich.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, entschuldigte sich für das Versehen. In der Eile sei das Wort: „bedingt“ familienverträglich verloren gegangen. Sie bat um Einfügung dieses Wortes.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., informierte, der Sportausschuss habe abgelehnt, da eine solche Regelung mit dem Stadtsportbund noch nicht abschließend behandelt wurde.

Herr Senger, SKE, fragte nach den ausgeführten Betriebskostenbeiträgen. Diese seien nicht nachvollziehbar. Warum werden gewerbliche und nicht gewerbliche Nutzer mit dem gleichen Betrag herangezogen?

Herr Hänsel, SKE, war der Meinung, dass der Punkt 1 nicht abgestimmt werden kann. Angesichts des Ratsbeschlusses kann keine Mitteleinsparung für die Jägerplatzschule in den Haushalt aufgenommen werden. Zum Punkt 2 fehlt die konkrete Regelung, das Wort „freiwillig“ ist falsch. Es sollte eine eindeutige Formulierung gefunden werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wollte wissen, was jetzt bezahlt wird, ob Horte für die Schulturnhallennutzung am Nachmittag auch zahlen müssten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass nach der Sportstättenbenutzungssatzung bei kommerzieller Nutzung ein Nutzungsentgelt gefordert und gezahlt werde. Es gebe aber eine weitere Fallgruppe, bei der gemeinnützige Vereine Gesundheits- und Rehasport anbieten, der bei den Krankenkassen abgerechnet werden könne. In diesem Falle solle eine Betriebskostenbeteiligung von den Vereinen erhoben werden, die dann mindestens 16 € pro Stunde betragen solle. Die Horte einer Grundschule zahlen derzeit nicht für die Nutzung.

Herr Kneissl, SKE, fragte nach den Arbeitsgemeinschaften Schule und Verein, und wollte wissen, wie das dort mit den Kosten ist. Ebenso fragte er, ob die Schulturnhallen in einem vergleichbaren Zustand sind.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bekräftigte die Intention der Vorlage, für die entstehenden Betriebskosten durch die Vereinsnutzung auch eine Kostenregelung zu finden. Ob dafür eine freiwillige Vereinbarung zielführend sei bezweifelte sie. Schulbezogene Angebote auch am Nachmittag sollten jedoch nicht kostenpflichtig werden. Die Höhe der vorgeschlagenen Betriebskostenbeteiligungen hielt sie für zumutbar.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Begriff „gemeinnützige Vereinigungen“: wie wird das geprüft? Wie verhält es sich bei „losen Gruppen“ von Sportlern, die nicht im Verein organisiert sind.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, äußerte zu Beschlusspunkt 1: dieser sei nicht erforderlich, zu Punkt 2: fand er das Verhältnis der Kostenbeteiligung bei kommerzieller/nichtkommerzieller Nutzung nicht ausgewogen, insbesondere bei Kindern oder Senioren, auch die Freiwilligkeit einer solchen Zahlung bezweifelte er bezüglich der Praktikabilität.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass zwar die Schulentwicklungsplanung im Dezember beschlossen wurde, deren finanzielle Auswirkungen wurden jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen, da dieser Beschluss abzuwarten gewesen sei. Deshalb wurden die Einsparpotentiale aus diesem Beschluss jetzt dargestellt. Zu Punkt 2 führte er aus, dass es derzeit mehrere Formen der Nutzung von Sportstätten in der Stadt gebe. Zum einen haben Vereine Sportstätten gepachtet, diese erhalten nur einen anteiligen Förderzuschuss von der Stadt und müssen ihre sonstigen Kosten für den Betrieb selbst aufbringen. Andere Vereine nutzen städtische Sportanlagen und Schulturnhallen ohne bisher an den Betriebskosten, die für diese Nutzung entstehen, beteiligt zu werden, sofern sie die Hallen für nicht kommerzielle Zwecke nutzen. Nach der durch das Land bestätigten Auffassung ist es jedoch auf freiwilliger Basis möglich, Regelungen zur Beteiligung an den Betriebskosten zu vereinbaren. Und dies soll nun auch in Halle angegangen werden. Sicher sei eine rechtlich solidere Basis eine Verankerung dieses Themas in der Sportstättenbenutzungssatzung. Bis zu deren Änderung soll diese nun vorgeschlagene Lösung greifen. Die Ermittlung der Kosten sei von einer durchschnittlichen Sportgruppe von 10-15 Personen und einem individuellen Betrag von 1 € pro Sportler, bzw. 0,50 € bei Kindern ausgegangen. Das damit erzielbare Einnahmenvolumen entspreche in etwa dem Kostenaufwand, der anteilig für die Vereinsnutzung der Schulturnhallen nach Abzug der Kosten für den Schulsport darstellbar ist.

Die Formulierung für den Gesundheits- und Rehasport sei in der Tat unscharf, das Wort „mindestens“ sei vor den Betrag von 8 bzw. 16€ einzufügen. Ziel sei eine Kostenbeteiligung der Sportvereine an den Kostenbelastungen für Wasser- und Energieverbrauch und Reinigung im Interesse des Gesamthaushaltes. Dies sei zwingend erforderlich, um das Sachkostenbudget für die Schulen zu sichern. Auch er wünsche sich zu diesem Thema eine Unterstützung durch die diskutierte Gesetzesänderung.

Frau Stahs, SKE, wollte wissen, ob bei der Vermietung einer Schulaula für Veranstaltungen Dritter Entgelt genommen wird und wenn ja in welcher Höhe.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass diese Antwort im Rahmen des Protokolls nachgereicht wird.

Herr Senger, SKE, fragte nach der Berechnungsgrundlage unter 2. aufgeführten Beträge.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, verwies auf die eben gegebene Erklärung durch Herrn Kogge, Basis sei eine durchschnittliche Größe der Sportgruppe für die pro Sportler und Nutzungsstunde mit 1 € gerechnet wurde. Und es sei angedacht, dass nur im Falle des Zustandekommens einer freiwilligen Vereinbarung zur Zahlung eine Nutzungszeit vergeben werden soll.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass es keine rechtliche Verpflichtung gebe Schulturnhallen nach der Schule für Vereinssport bereitzustellen. Da dies die Stadt freiwillig tue, sei es angemessen dafür auf freiwilliger Basis eine Kostenbeteiligung an den zusätzlich verursachten Betriebskosten zu fordern.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass der Ausschuss geneigt sei, der Intention der Vorlage zu folgen. Sie empfahl eine Rücknahme durch die Verwaltung, um die Formulierungen möglichst rechtssicher zu überarbeiten und zu konkretisieren. Der Unterschied zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung müsse deutlicher

werden. Da es nicht um eine Vermietung (sehr unterschiedlich ausgestatteter Hallen) gehe, sollte lediglich der Betriebskostenverbrauch Berechnungsgrundlage sein.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, schloss sich **Frau Raab** an. Es müsse eine rechtssichere Lösung gefunden werden. Es schlug vor: Erhebung eines Anteils für Nebenkosten oder Betriebskosten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, stellte diese gesamte Vorlage zurück. Sie soll in der nächsten Sitzung überarbeitet erneut vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt durch Verwaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die als Anlage 1 beigefügten Änderungen der Miet- und Bewirtschaftungskosten gemäß Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2012/13.

2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt Mehreinnahmen für die Schulen im Rahmen des Betriebes der Schulturnhallen durch eine Vermietung auf Basis von Stundensätzen zur Beteiligung an den entstehenden Betriebskosten gemäß Übersicht in der Anlage 2.

Herr Senger, SKE, regte an, dass die Vereine bei übermäßigen Verbräuchen zur Kasse gebeten werden sollten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, dass es nicht möglich ist, da es bei der derzeitigen Ausstattung der Hallen nicht im einzelnen messbar und nachweisbar berechenbar sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Vorstellungen zu STARK III in Zusammenhang mit der Grundschule Glaucha.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass derzeit nur finanzierbare Projekte mit dem Schwerpunkt Brandschutzgrundsicherung in die Investitionsliste aufgenommen werden konnten. Im Haushaltsentwurf ist noch keine Finanzposition für die GS Glaucha enthalten. Die 1. Phase von STARK III muss bis 2013 abgeschlossen sein, diese Projekte sind in Planung, die Umsetzung erfolgt 2013. Das neue Handbuch zu STARK III ist gerade veröffentlicht worden. 9 Mio. € sind für das südliches Sachsen-Anhalt vorgesehen. Mit der Antragstellung für die 1. Förderphase ist Dezernat V betraut. Die Stadtverwaltung wird eine Förderung für die Auenschule und 2 Kitas beantragen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass ihn diese Antwort nicht befriedige und fragte, wie man Dez. I zwingen könnte, die Beschlüsse zur Glaucha Schule umzusetzen mit Haushaltsmitteln oder mit einer Co-Finanzierung von Stark III Mitteln.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, fügte hinzu, es ist gut, dass jetzt erst einmal der dringendste Brandschutz eingeordnet werden konnte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, im Ausschuss regelmäßig über STARK III zu informieren, analog der Informationen zu KII.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte das zu.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte nunmehr die gesamte Haushaltsvorlage mit dem Stellenplan, dem Teilergebnisplan, der Investitionsprioritätenliste 2012-15, den vorgelegten Änderungslisten inklusive der Änderungen infolge des Beschlusses zur Einnahmeerhöhung im Planetarium für den Teil der fachlichen Zuständigkeit des Bildungsausschusses einzeln zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Dem Ergebnisplan zum Teil Bildung wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsprogramm zum Teil Bildung 2012-1015 wird zugestimmt.
3. Der Änderungsliste vom 20.03.12 zum Ergebnisplan und zum Investitionsprogramm wird zugestimmt.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass die Sitzung im April entfällt.

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach dem „Horttaxi“.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, informierte, dass das „Horttaxi“ in der Zuständigkeit des Jugendamtes liegt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte den Sachverhalt, der aus der Schulfusion 2006 herrührt und informierte, dass es 2012 keine vom Jugendamt finanzierte Lösung geben wird. Dies wäre eine unzulässige freiwillige Leistung. Es werde eine Lösung mit der HAVAG gefunden.

Herr Senger, SKE, fragte nach dem Ausweichobjekt IGS. In den Haushaltsunterlagen steht noch der Grasnelkenweg, es geht in die Rigaer Straße. Er bat um Korrektur der Unterlagen.

Herr Senger, SKE, fragte nach den aktuellen Zahlen für die weiterführenden Schulen. Gebe es für alle Eltern, die einen gymnasialen Platz oder einen Platz an der Gesamtschule wünschen ein Angebot?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bejahte dies für die Gymnasien mit Hinweis auf die für das Giebichenstein- und Herdergymnasium erforderliche Losverfahren. An den Gesamtschulen kann im Rahmen der beschlossenen Kapazität aufgenommen werden.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, ergänzte, dass sich diese Zahlen seit Abgabe der Schullaufbahnerklärung der Eltern noch nicht grundlegend geändert haben, da der konkrete Zuweisungs- und Entscheidungsprozess aktuell laufe.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 8 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sondersitzung des Bildungsausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.04.12

Dr. Radig
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Anlage
Mietsätze kurzzeitige Vermietung

8VA
40.1.30

6.10.2011

Neu ab: 10.10.2011

M i e t e ä t z e kurzfristige Vermietung

- I a Benützung bis zu 2 Stunden
I b Für jede weitere angefangene Stunde

	I a	€	I b	€
--	-----	---	-----	---

a) Aula über 300 Plätze

Gruppe A	130,00	35,00
Gruppe B	70,00	20,00
Gruppe C	50,00	10,00

b) Aula über 200 Plätze

Gruppe A	100,00	30,00
Gruppe B	50,00	15,00
Gruppe C	40,00	10,00

c) sonstige Räume bis zu 200 Plätzen (z. Foyer Raumflugplanerium = 61 m²
Raumflugplanerium 165 Plätze)

Gruppe A	70,00	20,00
Gruppe B	40,00	10,00
Gruppe C	30,00	7,50

d) Fachräume und Werkräume

Gruppe A	50,00	20,00
Gruppe B	25,00	10,00
Gruppe C	20,00	7,50

e) Allgemeine Unterrichtsräume

Gruppe A	25,00	15,00
Gruppe B	20,00	7,50
Gruppe C	15,00	5,00

f) Neben- und sonstige Räume unter 40 m²


Gruppe A	20,00	10,00
Gruppe B	15,00	5,00
Gruppe C	10,00	5,00

- Gruppe A: für alle Vermietungen, die gewerblichen Zwecken dienen bzw. für Veranstaltungen, bei denen ein Entgelt erhoben wird
- Gruppe B: für Vermietungen nicht gewerblicher Art, dazu gehören auch Privatveranstaltungen oder Informationsveranstaltungen, bei denen kein Entgelt erhoben wird, dazu gehören Veranstaltungen von Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Religionsgemeinschaften, nicht_ortsansässigen Vereinen
- Gruppe C: für begünstigte Nutzer und gemeinnützige Vereinigungen, dazu gehören z.B. Chöre, Orchester, Spielmannszüge, Theatergruppen, Bürgerinitiativen, Sportvereine und -verbände die dem Stadtsportbund Halle angehören;

Hinweise zur Anwendung / Sonderregelungen:

1. Nutzung des Therapiebeckens in Schule am GB Lebensbaum
1 h = 15,00 € bei gewerblicher Nutzung
2. Bei Vermietung an Sonnabenden und Sonntagen erhöht sich das Nutzungsentgelt um 50 %, an gesetzlichen Feiertagen um 100 %. Wird in Ausnahmefällen (z.B. bei Punktspielen) die Nutzungsdauer (22:00 Uhr) überschritten, ist je angefangene Stunde ein Zuschlag von 10,00 € zu zahlen.
3. Extra anfallende Heizkosten und ungewöhnlicher Stromverbrauch werden als Nebenkosten pauschal berechnet.
4. Die Nutzung zusätzlicher Ausstattungen wird gesondert berechnet (je Nutzung)

- bei regelmäßiger Nutzung	10,00 €
- bei einmaliger Nutzung	15,00 €
- Gerätenutzung im Raumflugplanetarium	15,00 €
5. Übernachtungen in Turnhallen werden pro Person mit 5,00 € pro Übernachtung berechnet.
6. Für Kindereinrichtungen, Veranstaltungen der eigenen Schulen, sowie Veranstaltungen der Blutspendedienste wird kein Nutzungsentgelt erhoben.
7. Die Höhe des Entgeltes kann bis zu 50 Prozent im Einzelfall ermäßigt werden, wenn die Veranstaltung im besonderen öffentlichen Interesse der Stadt Halle (Saale) steht.


Hildebrand
Amtsleiter